

Musterreferate

Inhalt

1. Lange Version	Seite 3
2. Kurze Version	Seite 52

Initiative «Jugend ohne Drogen»: Nein

Bundesrätliche Drogenpolitik: Ja

Einleitung

Sie sind gekommen, um sich mit einem brisanten politischen Problem auseinanderzusetzen, mit der Drogenpolitik. Aktueller Anlass dazu ist die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen», über die am abgestimmt wird. Ich werde Ihnen im Laufe meines Referates erläutern, was aus meiner Sicht gegen dieses Volksbegehren spricht und warum ich demgegenüber die bundesrätliche Drogenpolitik für erfolgversprechend halte und unterstütze.

Gestatten Sie mir, Ihnen als erstes einen Überblick zu verschaffen über das, was ich Ihnen im Laufe der nächsten zwanzig Minuten näherbringen will:

Die 1992 von rechtsbürgerlichen Kreisen lancierte und von bekannten Sportlern unterstützte Initiative «Jugend ohne Drogen» ist verdienstvoll: Sie zwingt Behörden und Politik, Rechenschaft abzulegen über

das, was sie bisher gegen das Drogenelend unternommen haben und was sie in Zukunft zu tun gedenken. Die Initiative zwingt aber auch die interessierten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, sich mit dem Problem des Betäubungsmittelmissbrauchs und dessen Wurzeln auseinanderzusetzen und über Lösungsansätze nachzudenken.

Folie 1

Anlass zu «Jugend ohne Drogen» war und ist die von den Initianten von Anfang an bekämpfte pragmatische Drogenpolitik, die der Bundesrat seit 1990 verfolgt.

- Sie beruht auf vier Säulen:
 1. der Prävention,
 2. der Therapie,
 3. der Schadensverminderung und der Überlebenshilfe,
 4. der Repression.

- Das Volksbegehren «Jugend ohne Drogen»
dagegen verlangt im wesentlichen eine restriktive Drogenpolitik, die unmissverständlich auf Abstinenz ausgerichtet ist. Wie im bundesrätlichen Modell setzen die Befürworter von «Jugend ohne Drogen» auch auf Prävention, Therapie und Repression. Nur: die Therapien, die Drogenkranken angeboten würden, müssten nach dem Willen der Initianten ausschliesslich abstinenzorientiert sein.
Massnahmen zur Schadensverminderung und zur Überlebenshilfe an Drogensüchtige lehnen sie grundsätzlich ab.

Die bundesrätliche Vier-Säulen-Politik hat der Initiative «Jugend ohne Drogen» gegenüber grosse Vorteile: Sie ist realistisch, wirkungsvoll, human, ethisch und finanziell tragbar. Überdies, und dieser Effekt ist nicht zu unterschätzen, ist es den Bundesbehörden gelungen, die unterschiedlichen und teils stark auseinanderstrebenden Interessen zu koordinieren und die Kantone hinter sich zu scharen.

Es gibt für mich keinen Zweifel daran, dass die Initiative «Jugend ohne Drogen» nicht praktikabel ist. Vor allem ist sie ethisch nicht vertretbar. Würde dieses Volksbegehren angenommen, bedeutete das drogenpolitisch den Rückfall in finstere Zeiten. Die Folgen einer solchen Politik sind absehbar: Mehr Drogentote, weitere Verelendung, erneuter Druck auf die Gemeinden. Und die Drogenmafia lacht dazu.

Lassen Sie mich bitte erläutern, warum.

1. Das Drogenproblem

Die Sorgen über den Missbrauch illegaler Betäubungsmittel sind nicht neu, weder hier in der Schweiz noch im übrigen Westeuropa; darüber offen debattiert wird seit den frühen Siebzigerjahren.

Damals verband die Öffentlichkeit Drogen eng mit der 68er Revolte, mit Kommunen, unbotmässigen Studenten, später mit der Hippie-Bewegung. In der Tat führten manche Versuche, neue Dimensionen auszuloten, auf dem direkten Weg von Haschisch-

zigaretten zu LSD. Später kam Heroin ins Angebot, in den Achtzigerjahren Kokain. Allerdings: Betäubungsmittel wurden bei uns schon früher konsumiert, aber es war schwieriger, an sie heranzukommen. Wer Drogen wollte, musste Geld haben und die richtigen Leute kennen.

Folie 2

Wenn von Betäubungsmitteln und deren Missbrauch die Rede ist, geht es in aller Regel allein um die sogenannten illegalen Drogen.

- Von Staat und Gesellschaft erlaubt, deshalb legal, sind Alkohol, Medikamente, Tabak. Sie werden gemeinhin nicht als Drogen bezeichnet und gelten daher als weit weniger bedenklich, obwohl ihr Missbrauch allseits bekannte gesundheitliche Schädigungen zur Folge hat.
- Bei den illegalen Drogen unterscheiden wir zwischen weichen und harten. Als weich gelten

Cannabis, Haschisch und Marihuana, weil der Konsum dieser Stoffe nicht unmittelbar gefährliche gesundheitliche Folgen oder die Gefahr der Abhängigkeit bewirkt.

- Von anderem Kaliber sind die harten Drogen wie Heroin und Kokain. Über die gesundheitlichen Gefahren ihres Missbrauchs und der Abhängigkeit von ihnen bestehen kaum Zweifel. Wer heute von Drogen redet, meint in der Regel diese Art von Betäubungsmitteln.
- Die Palette illegaler Drogen hat sich in den letzten Jahren mit dem Auftauchen synthetisch hergestellter Betäubungsmittel wie Ecstasy ausgeweitet. Ein Substanz, die vor allem im Zusammenhang mit der Techno-Szene bekannt sein dürfte.
- Etwas haben im übrigen legale und illegale Drogen gemeinsam: Beim Absetzen von Heroin, Alkohol oder Medikamenten treten massive

Entzugserscheinungen, d.h. schmerzhaft
körperliche Reaktionen, auf. Und wer schon
vergeblich versucht hat, mit dem Rauchen
aufzuhören, weiss, was Abhängigkeit heisst.

Der Drogenhandel

Obwohl seit Jahrzehnten praktisch auf der ganzen
Welt gesetzlich verboten, werden Jahr für Jahr
illegale Drogen in rauen Mengen verschoben.
Dafür, dass der Markt genug Ware anbietet, sorgen
weltweit straff organisierte kriminelle
Organisationen. Ob die kolumbianischen
Drogenkartelle von Calí und Medellín oder die Mafia
in Italien und anderswo, es sind Körperschaften mit
ausgezeichneten Beziehungen zu den offiziell
herrschenden Schichten. Von den Mächtigen der
jeweiligen Staaten geschützt, gelingt es diesen
Organisationen, alles zu umgehen, was ihre
Schmuggelgeschäfte stören könnte: Staatliche
Kontrollen, Polizeiaktionen gegen Produzenten und
Transporteure, Zollvorschriften, staatliche Verbote
von Handel und Konsum illegaler Drogen.

Verschnitten mit mehr oder weniger giftigen Substanzen wird die geschmuggelte Ware massenweise auf den einheimischen Schwarzmarkt geworfen. Die Betäubungsmittelverkäufer sind im übrigen nicht weniger perfekt organisiert als die, die in den Drogenkartellen ganz oben das Sagen haben: Der Drogenhandel in den eigentlichen Szenen ist stark hierarchisiert: Wer ganz unten den eigenen Kollegen gegenüber als Kleindealer auftritt und Heroin grammweise verkauft, ist im Spinnennetz gefangen, das Leute ausgelegt haben, die er nicht kennt: Manch einer dealt, um zu Geld zu kommen, damit er selbst den Stoff für den nächsten Schuss bezahlen kann. Wenn die Polizei kommt, sind die, die das grosse Geld machen, längst in Sicherheit.

Beim illegalen Drogenhandel geht es um riesige Summen. Fachleute schätzen, dass weltweit pro Jahr verbotene Betäubungsmittel im Wert von umgerechnet mehreren hundert Milliarden Franken umgesetzt werden. Wohlverstanden: Diese Summe entspricht dem durchschnittlichen Jahresumsatz auf dem Heizölmarkt.

Beeindruckend sind auch die Gewinne, die die Drogenmafia hierzulande erwirtschaftet: Laut Schätzungen wirft der illegale Betäubungsmittelhandel in der Schweiz jährlich Gewinne in der Höhe von 2,5 Milliarden Franken ab.

Jugend und Drogen

Wenn wir bei den Zahlen sind, müssen wir ganz konkret über den Konsum reden. Da gilt es erst einmal, ein Missverständnis auszuräumen: Die heutige Jugend ist in Sachen Drogenkonsum keineswegs schlimmer als die «heutigen Jugendlichen» früherer Zeiten:

Folie 3

Die Zahlen, die Sie hier sehen, zeigen deutlich, dass die ganz grosse Mehrheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nichts von illegalen Drogen wissen will. Auch die heutigen Jungen wissen sehr genau, dass Betäubungsmittel abhängig machen können und welche Konsequenzen das hat.

- Gemäss den neuesten Erhebungen sind Drogenkonsum und Drogenmissbrauch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Minderheitenthema. Ungefähr ein Viertel, also 25 Prozent der jungen Menschen zwischen 15 und 35 Jahren hat eigene Erfahrungen mit Haschisch gemacht.
- Von dieser Minderheit unter den Jungen hascht weniger als ein Drittel regelmässig, das sind etwa sieben Prozent der jungen Leute unter 35. Die andern haben einfach ihre Neugier befriedigt und nach einem oder zwei Versuchen wieder aufgehört.
- Noch viel weniger düster sieht es in dieser Altersgruppe aus mit dem Konsum harter Drogen, also von Heroin, LSD oder Kokain. Die Zahl der 15- bis 35jährigen, die solchen Betäubungsmitteln erlegen sind, hat in der Schweiz bisher nie die Grenze von drei Prozent überschritten.

- Abhängig von Betäubungsmitteln sind etwa ein Prozent dieser Altersgruppe.

Mit diesen Zahlen will ich nichts verschleiern oder so tun, als gebe es kein Drogenproblem, als seien die betroffenen Menschen nicht krank oder zu einem Teil vielleicht sogar kriminell, aber man muss das alles in die richtigen Relationen setzen.

Der Drogenkonsum in der Schweiz

Sicher, der Konsum illegaler Drogen hat seit den Siebzigerjahren auch bei uns zugenommen, aber nie epidemieartig. Seit Anfang der Neunzigerjahre stagniert er sogar, und zwar sowohl bei den Cannabisprodukten als auch bei den harten Drogen.

Folie 4

- In der Schweiz berauschen sich jährlich 300'000 bis 400'000 Personen gelegentlich oder regelmässig an Cannabisprodukten. Ganz genau lässt sich ihre Zahl nicht bemessen, weil die meisten dieser Menschen mit ihrem

Betäubungsmittelkonsum weder Schwierigkeiten haben noch welche machen, und deshalb tauchen sie nirgends in Statistiken auf.

- Ungefähr zehnmal kleiner ist die Schar der Konsumentinnen und Konsumenten harter Drogen: Etwa 30'000 Personen nehmen regelmässig Heroin und Kokain, oder auch eine Mischung dieser Drogen sowie auch Medikamente, zu sich, die meisten sind abhängig von ihrem Stoff. Sie sind in der Regel statistisch leichter zu erfassen als die Cannabiskonsumierenden, weil die von harten Drogen Abhängigen eher gesundheitliche Probleme bekommen, sozial auffällig werden, teils auch kriminell.

- Von illegalen Drogen abhängig sind in der Schweiz 0,2 bis 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Schauen wir zum Vergleich doch einmal, wie es mit den legalen Drogen aussieht:

- Ungefähr ein Drittel der Schweizer Bevölkerung raucht; 90 Prozent davon gelten als abhängig.
- Rund 80 Prozent der Bevölkerung trinken Alkohol; 2,5 Prozent dieser Männer und Frauen sind abhängig, alkoholkrank.
- Eindrücklich ist auch die Zahl des Medikamentenmissbrauch: Abhängig von Medikamenten sind etwa 1,5 Prozent der hiesigen Bevölkerung.

Sie werden erstaunt festgestellt haben, dass die Zahl der Drogenkranken im Vergleich zu den von legalen Betäubungsmitteln Abhängigen fast verschwindend klein ist. Das Drogenproblem ist denn auch nicht wegen der Grösse der betroffenen Gruppe seit Jahren ein sozialer Dauerbrenner, sondern wegen der Auswirkungen der Krankheit: Im Gegensatz zu den Tabakabhängigen oder zum überwiegenden Teil der Alkoholkranken, die in aller

Regel ins soziale Netz integriert bleiben, fallen Heroinkranke rascher durch dessen Maschen. Es ist aber beileibe nicht etwa das Heroin selbst, das beispielsweise Aids oder Gelbsucht verursacht. Nein, die meist unglücklichen Bedingungen, unter denen diese Stoffe konsumiert werden, führen zu den Folgekrankheiten: also unhygienische Verhältnisse beim Konsum auf der Gasse, unsauberes Heroin, soziale Verelendung und körperlicher Verfall von Schwerstsüchtigen. Drogenprostitution und andere Methoden der Mittelbeschaffung sorgen dafür, dass davon auch Teile der Gesellschaft tangiert werden, die mit illegalen Drogen sonst nichts zu tun haben.

Wie schon früher dargelegt, läge mir nichts ferner, als die Drogensucht zu verharmlosen oder gar zu leugnen. Aber allein die Todesfallstatistik beweist, dass das Problem in der Öffentlichkeit gewaltig überschätzt wird:

Folie 5

- Die Schweiz verzeichnet jährlich ungefähr 60'000 Todesfälle.
- Letztes Jahr starben 312 Menschen an den Folgen ihres Betäubungsmittelmissbrauchs. Nachdem sie früher kontinuierlich gestiegen war, reduzierte sich die Sterblichkeitsrate von 1992 bis 1996 nämlich um ein Viertel.
- Rund zehnmal grösser dagegen ist die Zahl derer, die an den Folgen ihres Alkoholmissbrauchs sterben: Es sind jährlich etwa 3'000 Menschen, acht pro Tag.
- Noch eindrücklicher ist die Zahl jener Todesfälle, die auf das Konto Rauchen gehen: Ungefähr 10'000 Personen pro Jahr sterben an Krankheiten, die dem Tabakkonsum zuzuschreiben sind.

Dass Drogenmissbrauch nicht zwingend ins soziale Abseits oder gar zum Tod führen muss, beweisen die Erfolge der therapeutischen Massnahmen: Sowohl die Abhängigkeit von illegalen wie die von legalen Drogen kann mit therapeutischer Hilfe überwunden werden.

Der Gründe, Drogen zu konsumieren, gibt es viele: Versprechen sich die einen davon neuartige Erfahrungen physischer und psychischer Art, suchen andere in Drogen Vergessen, Abtauchen, Auswege aus dem als belastend empfundenen Alltag. Drogen können Schmerzen betäuben, Minderwertigkeitsgefühle vergessen machen, zu Höhenflügen animieren.

Unversehens aber kann der Genuss von Drogen, zumal harten, zur Vorhölle werden: Dann nämlich, wenn ein Körper abhängig wird von den Substanzen, wenn ein von Entzugsschmerzen gepeinigter Mensch ohne diese Mittel nicht mehr weiterleben zu können meint, wenn er kaum mehr zu etwas anderem fähig ist als zur Überlegung, wie

er auf schnellstem Wege zu neuem Stoff kommt. Diese Abhängigkeit ist beispielsweise typisch für Heroin. Der Droge so ausgeliefert zu sein, kann für den betroffenen Menschen den Anfang vom Ende bedeuten: Wenn der Heroinnachschub zum zentralen Problem wird, ängstigen soziale Ausgrenzung und Abgleiten ins Elend weniger als der unfreiwillige zeitweilige Entzug.

Die Spirale von Abhängigkeit, Abstieg, Ausgrenzung kann mit der Zeit fast so etwas wie eine Abhängigkeit von der Abhängigkeit hervorrufen: Um die unangenehmen, schmerzlichen Folgen der Sucht nicht länger bewusst erleben zu müssen, flüchten sich manche in noch mehr Drogen - ein Teufelskreis. Viele dieser Abhängigen möchten gerne aussteigen, möchten noch so gerne drogenfrei leben, aber die Sucht ist stärker.

Vergessen wir nicht: Der einzelne Drogenkonsument muss Abhängigkeit und gesellschaftliche Ächtung gar nicht immer und

überall als Belastung und Bedrohung empfinden:
Auch das soziale Netz der Drogenszene ist ein Netz,
ein Biotop, in dem sich der einzelne durchaus
wohlfühlen kann, in dem er neue Freunde finden
kann, wenn auch vielleicht nur temporär. Je nach
Grad seiner Abhängigkeit verliert er den Bezug zum
vorherigen, drogenfreien Leben, oder er muss
immer aufpassen, dass ihm niemand auf die
Schliche kommt. Verheimlichen, Vertuschen,
gepaart mit der Angst vor Enttarnung und
gleichzeitig der Sorge, rechtzeitig wieder zu Stoff zu
kommen, eventuell auch zu Geld für diesen Stoff,
das würde auch manche unter uns überfordern.
Dazu kommt, dass die meisten aus vielerlei Ängsten
heraus auf Hilfe zum vornherein verzichten. Damit
nehmen sie, vermutlich meist unbewusst, Abstieg
und immer schärfere Ausgrenzung in Kauf.

2. Die Drogenpolitik

Wie eingangs erwähnt, ist das Drogenproblem
keine Erscheinung unserer Zeit, es besteht schon
lange. Ebenso lange währt der Kampf gegen die
Drogen, weltweit und bei uns.

Aus dem Jahr 1924 stammt das erste Betäubungsmittelgesetz der Schweiz. Dieses stützte sich auf das sogenannte Haager Übereinkommen, in dem zwölf Jahre zuvor international der Gebrauch von Drogen auf den medizinischen Bereich beschränkt worden war und der freie Konsum verboten. Staatliche Kontrollen sollten die Einhaltung der Vereinbarung garantieren.

Aufgrund der Erfahrungen mit der Alkoholprohibition in den Vereinigten Staaten, die die Mafia reich und gross gemacht, aber den Alkoholkonsum nicht eingedämmt hatte, hat später die UNO mehrere Übereinkommen verabschiedet. Ziel der Bemühungen: den illegalen Drogenanbau verhindern und dem internationalen Schwarzhandel das Wasser abgraben. Im Zuge dieser Bemühungen hat die Schweiz 1951 ihr Betäubungsmittelgesetz revidiert.

Im Zuge der Veränderungen in den Siebziger- und Achtzigerjahren hat der Bundesrat 1990 seine Vier-

Säulen-Politik postuliert. Die Massnahmen, die damals ergriffen wurden, bilden noch immer das Fundament unserer Drogenpolitik.

Folie 6

Wie bereits früher ausgeführt, steht diese auf vier Säulen:

- der Prävention,
- der Therapie,
- der Schadensverminderung und der Überlebenshilfe
- sowie der Repression.

Prävention, Therapie und Repression sind bereits seit gut einem Vierteljahrhundert Bestandteil der Drogenpolitik, die dritte Säule ist erst vor wenigen Jahren errichtet worden.

Die Prävention

Das erste Anliegen nicht nur der bundesrätlichen Politik ist die Prävention, die Vorbeugung. Dieses

Anliegen wird auch von Kantonen, Städten, und vielen anderen Organisationen und Experten, die sich mit drogenpolitischen Fragen auseinandersetzen geteilt. Als vor einem Vierteljahrhundert die Jugend auf die Strasse ging und zum grössten Teil spielerisch den Umgang mit andern Rauschmitteln als Alkohol probte, wurden die aufgeschreckten Behörden rasch aktiv. Abgesehen von Polizeiaktionen gegen Haschischkonsumenten wurden die Jugendlichen in Schulen und Freizeiteinrichtungen aufgeklärt über illegale Drogen und über die Gefahren der Abhängigkeit. Die Vorbeugung war zu jener Zeit nicht selten gepaart mit Abschreckung, heute werden andere Mittel eingesetzt. Das Ziel ist jedoch das gleiche geblieben: Jugendliche von Drogen fernzuhalten. Erliegen einige dennoch den Verlockungen der Betäubungsmittel, wird versucht, sie so rasch als möglich wieder herauszuholen oder wenigstens zu vermeiden, dass sie abhängig werden.

Vorbeugung und Aufklärung sind heute eine Selbstverständlichkeit, und zwar auf breiter Ebene. Die Gefahr besteht allerdings, dass nur die erfasst werden, die ohnehin schon interessiert und informiert sind. Wer durch diese Maschen fällt, das sind genau die gefährdeten Kinder und Jugendlichen, die bereits abseitsstehen, die man also ganz gezielt erkennen und integrieren müsste.

Folie 7

- Heute geben wir gesamtschweizerisch jährlich rund 30 Millionen Franken aus für Präventionsmassnahmen. Diese umfassen neben der spezifischen Ausbildung von Lehrkräften und Dokumentationen auch Programme für Sportvereine und Jugendorganisationen.

Das ist bei weitem nicht genug: Wir könnten und müssten die Prävention noch effizienter betreiben, professioneller, näher beim Alltag der jungen Leute, die ja eigentlich damit gemeint sind. Ein wichtiger

Beitrag der Drogenprävention wäre eine Familienpolitik, die diesen Namen verdient. Ebenso dringend sollten auf politischer Ebene die Sorgen und Nöte der Jugendlichen endlich ernstgenommen werden. Es bräuchte eine Jugendpolitik, wie sie in Wahlzeiten gerne versprochen, aber schon am Abend des Wahltages wieder in der Schublade «Erledigt sich von selbst» zwischengelagert wird.

Mit andern Worten: Drogenprävention, das ist nicht ein leeres Wort und auch beileibe kein individuelles Problem; das Bewusstsein, dass Drogen zu unserem Alltag gehören, muss gestärkt werden, Drogenprävention ist eine Aufgabe aller, auch der Politik.

Denn etwas darf nicht vergessen werden: Auch noch so effiziente Präventionsmassnahmen können nicht die Drogen selbst und die Versuchung dazu aus der Welt schaffen. Manchmal müssen sich die, die eigentlich die Vorbeugung auf ihre Fahne geschrieben haben, damit bescheiden, die Risiken

zu begrenzen, Abhängige auf Hilfeangebote aufmerksam zu machen.

Die Therapie

Die zweite Säule, auf den sich die Drogenpolitik stützt, ist die Therapie. Mit Therapieangeboten soll Drogenabhängigen geholfen werden, unter Anleitung von Fachleuten aus ihrer Sucht herauszufinden. Ziel jeder Therapie ist es, ein Leben ohne Drogenkonsum führen zu können. Zuerst aber geht es darum, dass sich die Kranken körperlich und seelisch wieder erholen können. Eventuell müssen sie auch aus einer kriminellen Karriere befreien, die allein der Geldbeschaffung gedient hat.

Schon seit den Siebzigerjahren betreiben Kantone, Städte und private Institutionen therapeutische Einrichtungen wie Drop'ins und Drogenberatungsstellen. Das Angebot umfasst ambulante und stationäre Hilfe, psychomedizinische Betreuung, Wiedereingliederungshilfen, erzieherische Massnahmen. Last but not least, die

Methadonprogramme. Erst sehr umstritten, heute aber in weiten Kreisen der Bevölkerung anerkannt und in Volksabstimmungen bestätigt, bilden sie einen wichtigen Teil der therapeutischen Hilfestellungen. Die Methadonabgabe ist streng geregelt und für jene gedacht, die ohne Ersatz nicht aus der Sucht herausfinden. Auch die Methadonpatientinnen und -patienten werden begleitend psychotherapeutisch betreut.

1. Abstinenz

Bei den therapeutischen Massnahmen werden mehrere Wege begangen, um ans Ziel zu gelangen. Im Vordergrund steht die Entwöhnung:

Folie 8

- Heute bestehen in der Schweiz rund 100 Institutionen, die spezifisch auf Drogentherapien ausgerichtet sind. Sie bieten insgesamt ungefähr 1'750 Therapieplätze an. Erklärtes Ziel dieser Therapien ist die Abstinenz, und einen Platz

bekommt auch nur, wer glaubhaft nachweisen kann, dass er auf illegale Betäubungsmittel künftig verzichten will.

- Die Dauer einer Therapie ist von Fall zu Fall verschieden: Es gibt Süchtige, die nach vier Monaten diese Therapie geschafft haben, andere benötigen drei Jahre.
- Die Zahl der Ausstiegswilligen steigt kontinuierlich: Im Jahre 1995 haben 2'200 Personen solche stationäre Therapie angefangen, 150 Menschen mehr als 1993.
- Nicht alle halten durch. Ungefähr ein Drittel dieser Drogenkranken fühlt sich den Strapazen eines strengen Entzugs nicht gewachsen und bricht diesen nach einigen Wochen ab. So oder so schaffen nur die wenigsten der Suchtkranken den Ausstieg gleich beim erstenmal: Viele müssen mehrere Versuche auf sich nehmen, bis es soweit ist. Wer eingebettet ist in ein soziales Netz, das ihn beim

Absturz auffängt, hat selbstredend die besseren Chancen als Ausgegrenzte.

- Umso erfreulicher sind die Resultate jener, die bis ans Ende durchgehalten haben: 70 Prozent, also mehr als zwei Drittel all jener, die den anspruchsvollen Programmen gewachsen waren, bleiben innerhalb eines Jahres nach Ende der Therapie «clean», fallen nicht mehr zurück in ihre frühere Abhängigkeit.

Die Entwöhnungstherapieplätze in der Schweiz sind heute zu achtzig Prozent ausgelastet. Das entspricht den maximalen Anforderungen. Dennoch genügt das Therapieangebot, jedenfalls quantitativ. Die Qualität allerdings könnte noch verbessert werden. Da denke ich zum Beispiel an die Betreuung sehr junger Patienten: Kinder haben andere Bedürfnisse als Erwachsene. Eine andere Gruppe sind die Frauen: Auch sie lassen sich nicht mit der Mehrheit der Abhängigen, nämlich nachpubertären Männern, über einen Leisten schlagen. Spezialangebote für

Frauen braucht es auch, weil viele dieser weiblichen Drogenabhängigen kleine Kinder zu betreuen haben. Drogenkranke mit gravierenden psychischen Problemen oder ältere Drogenkonsumenten, die seit langem ausgegrenzt sind und recht eigentlich resozialisiert werden müssen, das sind zwei weitere Problemgruppen, die spezifisch auf ihre Bedürfnisse ausgerichteter Programme bedürften. Und nicht zuletzt wäre es sehr zu wünschen, dass die Rückfaller besser aufgefangen würden. Damit meine ich jene 30 Prozent der Therapiefälle, die die Therapie frühzeitig abbrechen oder sie bis zum Ende durchhalten, aber bereits ein paar Monate später wieder in der Szene landen. Sie bräuchten eine bessere Nachbetreuung, als wir ihnen heute anzubieten vermögen.

2. Methadon

- Der andere Weg, Drogenabhängigen mit therapeutischen Massnahmen aus ihrem Teufelskreis zu helfen, ist die Substitution, der Ersatz, der Ihnen unter ärztlicher Aufsicht

abgegeben wird. In der Regel ist das Methadon. Methadon ist ein Mittel, das vordergründig ähnlich zu wirken scheint wie Heroin und das vor allem die Schmerzen des Heroinentzugs erträglicher macht. Methadon hilft mit, den Drogenkranken körperlich und seelisch wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Das gibt ihm Kraft, sich wieder einem sogenannten normalen Tagesablauf zu stellen, richtig zu essen, eine Arbeit zu suchen, für sich selbst zu sorgen. Ergänzt wird die Methadonabgabe durch eine soziale und psychotherapeutische Begleitung, welche die Ursachen der Sucht aufzudecken versucht.

Folie 9

- Zurzeit werden circa 14'000 Personen mit Methadon behandelt. Ungefähr je zur Hälfte werden sie durch den Hausarzt betreut oder in speziellen Einrichtungen.

- Methadonpatienten müssen ihre Ration täglich bekommen. Eine solche Therapie dauert durchschnittlich etwas mehr als zwei Jahre. 1995, als der dritte und bisher letzte Methadonbericht erschien, waren es 28,5 Monate.

Ein ganz wichtiger Aspekt der Methadonbehandlung ist die relativ hohe Erfolgsquote, die mehrere wissenschaftliche Untersuchungen belegen. Nach einer zweijährigen Methadonbehandlung leben

- 42 Prozent oder gut zwei Fünftel der Patienten ganz abstinent von illegalen Drogen.

Nachgewiesen wird das mittels Urintests.

- Gut ein Fünftel, nämlich 22 Prozent, ist teilweise abstinent.
- Die Rückfallquote beträgt auch hier wie bei den Entzugstherapien ungefähr ein Drittel: Von den Methadonbehandelten geraten circa 35 Prozent wieder in die Abhängigkeit harter Drogen.

Bestimmt ist auch die Methadontherapie kein Allheilmittel, und wie die oben genannten Zahlen belegen, ist auch hier der Erfolg nicht garantiert. Dennoch lässt sich belegen, dass die Mehrheit der Methadonpatienten sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren vermag und die Therapie nach ein bis zwei Jahren abbrechen kann. Aber sogar jene, welche auf Dauer kleine Dosen des Medikaments benötigen, finden sich im Alltagsleben wieder zurecht. Ihre Abhängigkeit ist vergleichbar mit jener von Zuckerkranken, die auch regelmässig Insulin benötigen, aber ansonsten völlig unauffällig leben.

3. Heroinverschreibungsversuche

Der bisher spektakulärste Weg zum Ziel ist das wissenschaftliche Projekt Heroinverschreibung. Es beruht auf der Erkenntnis, dass es Schwerstsüchtige gibt, die mit keinem der herkömmlichen Therapieangebote erreicht werden können. Nach dem Motto: «Besser ein lebender Süchtiger als ein Toter», entwickelten die Bundesbehörden zusammen mit Fachleuten und

Kantone ein wissenschaftliches Projekt, das den Versuch wagt, Schwerstsuchtigen auf ärztliches Rezept abzugeben, was sie dringend brauchen: ihren Stoff. Die Kranken, welche in den Versuch aufgenommen werden, müssen strengen Kriterien genügen; es geht also nicht darum, von Staates wegen Heroin unter die Leute zu verteilen, wie zu Beginn des Experimentes diffamierend herumgeboten wurde. Im Gegenteil: Die Patienten bezahlen pro Tag 15 Franken für das von ihnen konsumierte Heroin und als Beitrag an die Behandlungskosten.

Das Heroin bezieht der Bund im übrigen selbstverständlich nicht auf dem Schwarzmarkt! Die UNO-Kontrollbehörde hat dem Bundesamt für Gesundheit eine Sondergenehmigung erteilt zum Erwerb des Heroins in Ländern, die es als Grundlage für Schmerzmittel legal herstellen.

Folie 10

Die Heroinverschreibung, wie das Projekt im Volksmund heisst, läuft seit 1994.

- Ursprünglich standen den Drogenabhängigen, die mitzumachen bereit waren, insgesamt 700 Plätze zur Verfügung. Davon erhielten 250 Personen Heroin, der Rest intravenös Morphin oder Methadon verschrieben.
- Ein Jahr später, 1995, wurde die Zahl der Plätze auf insgesamt 800 mit Heroin und je 100 mit Morphin und mit Methadon i.v. erhöht.
- Gleichzeitig stieg die Zahl der Orte, in denen solche Versuche stattfinden, von sechs auf insgesamt fünfzehn.
- Es sind dies: Basel, Bern, Biel, Freiburg, Genf, Horgen, Luzern, Olten, St. Gallen, Solothurn, Thun, Wetzikon, Winterthur, Zug, Zürich und die Solothurner kantonale Strafanstalt Oberschöngrün.

Über den Erfolg dieser neuen Behandlungsart lässt sich nach so kurzer Zeit selbstverständlich zwar Gültiges aber noch nicht Endgültiges sagen. Immerhin steht schon heute fest, dass viele der Drogenabhängigen, die ins Projekt eingebunden sind, psychisch und körperlich stabiler geworden sind. Etliche der Patienten sind im Laufe des Versuchs in eine andere Therapie umgestiegen, meist in eine Methadonbehandlung. Und – besonders erfreulich –: Einige haben auch bereits den Ausstieg aus der Abhängigkeit geschafft. Ebenfalls positiv zu vermerken ist, dass es in diesen drei Jahren keinen Todesfall gab, der direkt auf die Verschreibung von Heroin zurückzuführen gewesen wäre. Natürlich gibt es auch bei dieser Behandlungsart sogenannte Drop-outs, Leute, die aus dem Projekt aussteigen. Aber es sind eindeutig weniger als in andern Therapieprogrammen.

Was für die herkömmlichen Therapien gilt, ist auch in diesem Falle richtig: Es genügt nicht, die Drogenabhängigen von den Drogen wegzubringen

oder soweit zu stabilisieren, dass sie sich wieder in die Gesellschaft integrieren können. Das soziale Umfeld, das sie nach der Therapie stützt, ist für sie lebenswichtig. Das heisst, dass ihnen menschenwürdige, bezahlbare Wohnungen angeboten werden müssen und Arbeitsmöglichkeiten, damit sie unabhängig leben können. Ausserdem brauchen sie dringend Leute, mit denen sie Kontakte pflegen und die Freizeit verbringen können.

Folie 11

- Die Ausgaben für drogentherapeutische Massnahmen belaufen sich jährlich auf gegen 250 Millionen Franken. In diesem Betrag enthalten sind auch die medizinischen Massnahmen in Notfällen und bei Ansteckungen mit HIV oder Hepatitis.
- Die Kosten der Heroinverschreibung allein belaufen sich für die Jahre 1993 bis 1997 auf ungefähr zwölf Millionen Franken.

Die Repression

Die Repression ist die vierte Säule der bundesrätlichen Politik. Sie richtet sich natürlich nicht nur gegen die Drogenkonsumierenden, sondern auch gegen den illegalen Betäubungsmittelhandel, gegen die Dealer also. Allerdings mit unterschiedlichem Erfolg: Wie ich im Kapitel Drogenhandel gesagt habe, gehen die ganz grossen Fische der Polizei nur wunderselten ins Netz.

In den letzten 25 Jahren haben alle Kantone und grossen Städte spezielle Polizeibrigaden gebildet und Betäubungsmittelabteilungen; die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und mit Interpol wurde intensiviert, und da und dort gab es Erfolge zu verzeichnen, wenn wieder auf einem Flughafen grössere Mengen an Heroin oder Kokain sichergestellt werden konnten. Aber weder die Einfuhr und der Handel noch der Drogenkonsum in der Schweiz haben unter der Repression merklich gelitten.

Was also ist das Ziel der Drogenrepression?

Das Betäubungsmittelgesetz verbietet Herstellung, Handel, Einfuhr und Konsum illegaler Drogen; Verstösse gegen das Gesetz sind zu ahnden.

Unterdrückungsmechanismen und Strafandrohungen haben zum Ziel, das Drogenangebot zu reduzieren und die Zahl der Neueinsteiger zu vermindern. Nur: Wie die Untersuchung eines Berner Soziologen belegt, lässt sich kaum jemand durch Polizeimassnahmen vom Einstieg in den Drogenkonsum abhalten oder zum Ausstieg aus der Sucht bewegen.

Wie angedeutet, hat die Polizei zwei unterschiedliche Gruppen im Visier: die, die Betäubungsmittel konsumieren und die, die illegale Drogen einführen und verkaufen. Dass dies zwei Paar Stiefel sind, haben die Behörden schon lange gemerkt. Bereits 1975 wurde im Betäubungsmittelgesetz festgelegt, dass Dealer und Konsumenten unterschiedlich anzufassen seien. Für Schmuggler grosser Mengen sind schwere Strafen

von bis zu 20 Jahren vorgesehen. Die Konsumenten dagegen können mit drei Monaten Gefängnis oder einer Busse davonkommen.

In den letzten Jahren hat die Zahl der Verzeigungen ständig zugenommen:

Folie 12

- Pro Jahr werden in der Schweiz durchschnittlich um die 40'000 Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz registriert, das heisst: aufgrund von Verzeigungen offiziell erfasst.
- Begangen werden sie von ungefähr 22'000 Personen.
- 80 Prozent dieser Verzeigten haben Drogen nur konsumiert, wie das Bundesamt für Polizeiwesen dazu ausführt.

- 6,5 Prozent der Verzeigten haben Drogen geschmuggelt, sie verkauft oder damit gehandelt.
- weitere 13,5 Prozent kommen vor Gericht, weil sie sowohl gedealt als auch konsumiert haben.

Folie 13

- Rund zehn Prozent aller Urteile, die ins Zentralstrafregister eingetragen werden, stehen in Zusammenhang mit Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Insgesamt werden pro Jahr 24'000 Justizentscheide wegen Drogendelikten gefällt, 51 % sind Bussen, 22 % bedingte, 14 % unbedingte Freiheitsstrafen.

- Ende 1995 sassen in Schweizer Gefängnissen rund 1'400 Häftlinge, die wegen Drogendelikten verurteilt worden waren.

- Etwas mehr als 700, also gut die Hälfte davon, waren Ausländer. Von diesen hatten 28 Prozent eine schweizerische Niederlassungsbewilligung, 24 Prozent keine.

Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass Drogenkonsumierende nicht ins Gefängnis gehören. Darüber sind sich die meisten Fachleute aus Therapie, Medizin, Polizei und Justiz einig. Immer öfter werden darum statt Strafen therapeutische Massnahmen angeordnet. Die Chance, statt der Strafe eine Therapie antreten zu können, wird selbst solchen zuteil, die nicht nur gegen das Betäubungsmittelgesetzes verstossen, sondern noch andere Delikte begangen haben, Kleindealerei etwa oder leichtere Fälle von Beschaffungskriminalität. Ob einer das Angebot Therapie statt Strafe nutzt, wird streng kontrolliert.

Geben Sie sich im übrigen ja nicht der Illusion hin, Gefängnismauern böten einen Schutz gegen Drogen. Wer will, kann im Strafvollzug alles bekommen, was er will und bezahlen kann.

Wie alle andern Massnahmen hat auch die
Repression ihren Preis.

Folie 14

- Die stolze Summe von 500 Millionen Franken wendet die Schweiz pro Jahr auf für Unterdrückung, Ahndung und Bestrafung von Drogendelikten aller Art.
- Von dieser halben Milliarde Franken entfallen 63 Prozent auf Kantone und Gemeinden, die dafür primär zuständig sind und ihre Polizeikorps entsprechend ausstatten müssen.

Schadensverminderung und Überlebenshilfe
Dass es in der Drogenpolitik mit Vorbeugen und Bestrafen allein nicht geht, weiss man in der Schweiz seit nunmehr einem Vierteljahrhundert. Deshalb haben wir ein so gutes, tragfähiges Therapieangebot.

In den letzten Jahren hat sich aber gezeigt, dass das Bisherige nicht genügt. So hat der Bundesrat 1990, als Weiterführung von städtischen und kantonalen Massnahmen, eine dritte Säule aufgebaut, um die durch Betäubungsmittelabhängigkeit entstehenden Risiken zu mindern und den betroffenen Drogenabhängigen ein anständiges Überleben zu sichern. Bei diesen Massnahmen geht es also nicht in erster Linie darum, die Leute zum sofortigen Ausstieg zu bewegen, sondern ihnen ihrer aktuellen Situation gemäss aktiv beizustehen.

Auslöser dieser pragmatischen Haltung waren vor allem die besorgniserregende Verbreitung von Aids in Drogenkreisen und die zunehmende soziale Ausgrenzung und Verelendung vieler Schwerabhängiger. In der Drogenpolitik gehört die Schweiz damit zu den Pionieren. Auch das muss wieder einmal gesagt sein!

Zur selben Zeit, da sich die gesundheitlichen Zustände in den Drogenszenen schlagartig

verschlechterten, beunruhigten die Bevölkerung
Publikationen über Fälle von Geldwäscherei und
organisierter Kriminalität. Vielen schärften diese
Vorgänge, in die auch sehr bekannte
Persönlichkeiten verwickelt waren und sind, den
Sinn für die Zusammenhänge. Das und der
gutschweizerische Realitätssinn dürften zu den
Gründen gehören, weshalb die bundesrätliche
Drogenpolitik auf immer bessere Resonanz stösst
und bei kommunalen und kantonalen Urnengängen
unterstützt wird, so in den Städten St. Gallen,
Winterthur, Zürich und Schaffhausen und in den
Kantonen Solothurn, Graubünden und Zug. Es ist
der Regierung mit ihrer pragmatischen Haltung auch
gelungen, in den meisten Facetten der
Drogenpolitik die Kantone hinter sich zu scharen.

Im Laufe der letzten paar Jahre hat sich auch
drogenpolitisch Dramatisches abgespielt. Die
offenen Szenen, beispielsweise in Zürich oder Bern,
wurden mit grossem Polizeiaufgebot und sozialen
Massnahmen mehrmals aufgelöst, nachdem sie

sich immer wieder an andern Orten neu formiert hatten. Langsam dämmerte die Erkenntnis, dass es wenig bringt, die Suchtkranken von einer Ecke einer Stadt in die andere zu hetzen, dass vielmehr die Verfolgung der eigentlichen Täter das Ziel sein müsste.

Mit der Abgabe steriler Spritzen, Beratungsstellen für drogenabhängige Prostituierte, Gelbsuchtimpfungen, spezifischen Aids-Kampagnen, usw., wurden die gesundheitlichen Risiken direkt angepackt. Gleichzeitig lernte die mit Drogen nicht unmittelbar konfrontierte Bevölkerung einen andern Umgang mit Drogenabhängigen kennen: Diese wurden als Menschen behandelt, nicht mehr als Abschaum der Gesellschaft.

Es ist erwiesen, dass der Drogenkonsum meist eine Phase im Leben der Abhängigen darstellt, und dass diese Phase irgend einmal überwunden wird. Daher ist es wichtig, den Drogenabhängigen während ihrer Suchtphase Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen,

die es ihnen ermöglicht, diese risikoreiche Lebensphase mit möglichst wenig Schäden in körperlicher, psychischer und sozialer Hinsicht zu überstehen. Damit werden auch die Chancen der Drogenabhängigen auf einen späteren Ausstieg aus der Abhängigkeit erhöht.

3. Die Gegnerschaft

Nun verlangt die Initiative «Jugend ohne Drogen» eine völlige Umkehr. Der Zug, in dem mittlerweile viele Drogenabhängige Platz und Sicherheit gefunden haben, soll nicht mehr weiterfahren, sondern aufs Abstellgleis gestellt werden.

Folie 15

- Das Volksbegehren «Jugend ohne Drogen» verlangt im wesentlichen eine restriktive Drogenpolitik, die unmissverständlich auf Abstinenz ausgerichtet ist. Die Mittel, die zur Enthaltbarkeit führen sollen, sind traditionell: Prävention, Therapie und Repression.

- Aber die Therapien, die Abhängigen angeboten werden, müssten gemäss den Vorstellungen der Initianten ausschliesslich abstinenzorientiert sein.
- Massnahmen zur Schadensverminderung und zur Überlebenshilfe für Drogenabhängige lehnen die Initianten grundsätzlich ab. Das heisst, dass Drogenkonsumierenden, die noch nicht in der Lage sind, sich für die Abstinenz zu entscheiden, nicht mehr geholfen werden dürfte. Es dürften trotz Aidsgefahr weder saubere Spritzen abgegeben noch Gassenzimmer und Fixerstübli betrieben werden. Das Angebot an Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten für Süchtige, die sich den Drogenverzicht nicht oder noch nicht zutrauen, könnte nicht aufrechterhalten werden.

Folie 16

- Mit der Annahme der Initiative «Jugend ohne Drogen» müssten auch jene Massnahmen eingestellt werden, die erfolgreich

angelaufen und an mehreren Orten durch Volksabstimmungen bestätigt worden sind: die Methadonbehandlungen und die Heroinverschreibungsversuche. Letztere stecken zwar noch in der Experimentierphase, aber sobald diese abgeschlossen ist und die Forschungsergebnisse bekannt sind, müssen die Weichen für eine allfällige künftige Verschreibungspolitik gestellt werden.

Ziel des Volksbegehrens «Jugend ohne Drogen» ist gemäss seinen rechtsbürgerlichen Initianten eine drogenfreie Gesellschaft. Dafür setzen sie auf jene Mittel, die sich schon bisher als ungenügend erwiesen haben.

Die Kreise, die hinter dem Volksbegehren stehen, werfen dem Bundesrat vor, er betreibe mit der Heroinabgabe Menschenversuche. Ich frage mich ernsthaft, ob diese Leute sich bewusst sind, dass genau dieser Vorwurf auf sie selbst zurückfällt. Denn sehen Sie: Wer die Augen verschliesst vor den

sozialen Problemen, die der Drogensucht zugrundeliegen können oder durch sie entstehen, ignoriert das Leiden der betroffenen Menschen mit unbeschreiblicher Arroganz. Wer das Leben von Drogenabhängigen geringer achtet als die absolut unrealistische Vorstellung, eine drogenfreie Gesellschaft erzwingen zu können, der geht für seine Grundsätze buchstäblich über Leichen. Denn eins ist klar: Wenn die Betäubungsmittelszenen wieder in die totale Heimlichkeit abtauchen müssen, macht die Drogenmafia erneut das ganz grosse Geschäft.

Das kann doch nicht unser Ziel sein.

Im übrigen: Auch wenn die Initianten sonst zu jenen Kreisen gehören, denen die Kosten der Sozialpolitik ein Greuel sind, wären sie offensichtlich bereit, in Zukunft riesige Beträge für ihre Art von Drogenpolitik lockerzumachen. Nach Schätzungen verschiedener Experten würden sich mit der Annahme der Initiative «Jugend ohne Drogen» die Kosten verdoppeln; sie stiegen also von einer

Milliarde auf zwei Milliarden Franken pro Jahr. Die Umsetzung dieser Initiative käme uns also nicht nur sozial, sondern auch finanziell teuer zu stehen.

Den Gegensatz zu solch trüben Aussichten bildet die bundesrätliche Drogenpolitik, die unsere Unterstützung verdient. Dies ist übrigens auch die Meinung der eidgenössischen Räte, die das Volksbegehren «Jugend ohne Drogen» deutlich abgelehnt haben, genau gleich wie der Bundesrat. Ich bitte Sie, es ihnen gleichzutun.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Und jetzt beantworte ich gern Ihre Fragen.

**Initiative «Jugend ohne Drogen»: NEIN -
Bundesrätliche Drogenpolitik: JA**

1. Das Ziel

Das Ziel unserer Drogenpolitik kann es nicht sein, eine Illusion zu nähren, die tut, als ob eine suchtfreie Gesellschaft möglich wäre. Das Motto: Was nicht sein darf, ist nicht, hat sich noch nie bewährt. Das einzige Mittel, die Schäden der Betäubungsmittelabhängigkeit einzugrenzen, ist eine pragmatische Auseinandersetzung mit den Süchten und deren Ursachen. Unser Ziel muss weiterhin eine realistische Drogenpolitik sein, eine Politik, die human ist und wirksam. Letztlich eine Drogenpolitik, die die Zusammenhänge erkennt und sich auch danach richtet. Denn, glauben Sie mir: Wenn wir die Ursachen der Süchte angehen und eine humanere Gesellschaft schaffen, werden Drogen aller Art künftig ein weniger grosses Problem sein.

2. Die Alternative

Zurzeit stehen zwei unterschiedliche Modelle einer künftigen Drogenpolitik zur Diskussion:

Den eigentlichen Anlass der heutigen Veranstaltung bildet die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen». Sie richtet sich gegen die Drogenpolitik, die der Bundesrat 1990 formuliert hat, gegen ein Modell, das sich als wirkungsvoll erwiesen hat und hinter das sich heute alle Kantone und die vor allem betroffenen grossen Städte stellen.

Die Initianten des Volksbegehrens verdienen erst einmal unseren uneingeschränkten Dank. Sie zwingen nämlich uns Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, uns mit dem Problem des Betäubungsmittelmissbrauchs und dessen Wurzeln auseinanderzusetzen und über Lösungsansätze nachzudenken. Sie zwingen aber auch Behörden und Politik, Rechenschaft abzulegen über das, was sie bisher gegen das Drogenelend unternommen haben und was sie in Zukunft zu tun gedenken.

Folie 1

Was die Initiative will, ist Ihnen vorhin ausführlich dargelegt worden. Ich wiederhole hier aber doch die wichtigsten Elemente: «Jugend ohne Drogen» verlangt eine sehr restriktive Politik. Ziel dieses Modells ist die völlige Enthaltensamkeit. Letztlich streben die Initianten, wie ich bereits erwähnt habe, eine drogenfreie Gesellschaft an. Erreichen wollen sie dies mit altbekannten Methoden: mit Prävention und Repression, Vorbeugung und Strafandrohung. Selbst Therapien, die den Drogenabhängigen angeboten würden, dürften nur ein einziges Ziel haben: die Abstinenz. Überlebenshilfe an Drogenkranke und Angebote zur Verhütung lebensbedrohlicher Risiken wie Aids lehnen die Initianten von «Jugend ohne Drogen» vehement ab.

Die Alternative zu einem solch rückwärtsgerichteten Modell bildet die pragmatische Drogenpolitik, die der Bundesrat seit Jahren betreibt. Ihre Wurzeln gehen bis in die frühen Siebzigerjahre zurück, als

auch die Schweiz plötzlich mit dem Problem eines allgemein zugänglichen illegalen Drogenmarktes konfrontiert wurde. Verfeinert und in die noch heute gültige Form gebracht hat die Landesregierung ihre Politik vor sieben Jahren. Dieses Modell, dessen erste Früchte langsam reif werden, beruht auf vier Säulen:

1. der Prävention,
2. der Therapie,
3. der Schadensverminderung und Überlebenshilfe,
4. und der Repression.

Das Hauptanliegen der staatlichen Drogenpolitik ist die Prävention: Dass Vorbeugen besser ist als Heilen, wie der Volksmund sagt, davon sind auch der Bundesrat und die Verantwortlichen in Kantonen und Gemeinden seit jeher überzeugt. Es wird also alles getan, um Jugendliche davon abzuhalten, überhaupt von Drogen abhängig zu werden.

Die zweite Säule ist die Therapie. Denn trotz aller Bemühungen in der Prävention, zeigen uns die

Erfahrungen, dass leider nicht alle abgehalten werden können, harte Drogen zu konsumieren. Wer also aus welchen Gründen auch immer dem Betäubungsmittel verfällt, soll nicht ohne Hilfe bleiben. Deshalb hat die Schweiz im Laufe der Jahre ein beeindruckendes Therapieangebot auf die Beine gestellt.

Oberstes Ziel dieser Therapien ist der Entzug. Da also bringt die Initiative nichts Neues, das macht der Bundesrat schon seit eh und je. Mehr als 100 Institutionen sind es denn auch, die insgesamt 1'750 Therapieplätze für den Entzug anbieten. Diese stationären Einrichtungen sind voll ausgelastet, der Erfolg kann sich sehen lassen.

Aber wir dürfen auch jene Drogenabhängigen nicht einfach ihrem traurigen Schicksal überlassen, die es trotz guten Willens nicht oder noch nicht fertigbringen, ganze ohne Mittel zu leben. Solche Menschen sind beispielsweise in die Methadonprogramme eingebunden. Das hilft Ihnen,

vom Heroin loszukommen und wieder ein normales Leben zu führen. Auch diese Programme zeitigen sehr positive Resultate.

Darüberhinaus gibt es Patienten, die mit keinem der herkömmlichen Angebote zu erreichen sind, die ausserhalb der Gesellschaft stehen, die also ohne einfühlsame staatliche Hilfe keinen Ausweg aus dem Elend fänden. Für sie wurde das Forschungsprojekt Heroinverschreibung gestartet. Dieses läuft seit nunmehr drei Jahren, und die ersten Ergebnisse sind ermutigend.

Die dritte Säule der heutigen Drogenpolitik ist die jüngste: Die Massnahmen, die die Risiken mindern und Drogenabhängigen das Überleben erleichtern, entsprechen der für die bundesrätliche Politik typischen pragmatischen Einschätzung der Lage auf dem Drogenmarkt. Auslöser waren Ende der Achtzigerjahre vor allem die zunehmende Verbreitung schwerer Krankheiten wie Gelbsucht und die tödliche Bedrohung durch Aids. Mit der

Abgabe steriler Spritzen, mit Beratungsstellen für drogenabhängige Prostituierte, Gelbsuchtimpfungen, spezifischen Aids-Kampagnen, usw., wurden die gesundheitlichen Risiken direkt angepackt. Bei diesen Massnahmen geht es also nicht in erster Linie darum, die Leute zum Ausstieg zu bewegen, sondern ihnen sofort und ambulant Hilfe anzubieten. Das Angebot vermindert aktiv die durch Betäubungsmittelabhängigkeit entstehenden Risiken und erleichtert den betroffenen Drogenabhängigen das Überleben. Gleichzeitig lernte die mit Drogen nicht unmittelbar konfrontierte Bevölkerung einen anderen Umgang mit Drogenabhängigen kennen: Diese werden als Menschen behandelt, nicht mehr als Abschaum der Gesellschaft. Die Diskussionen über Drogenprobleme haben sich denn auch im Laufe der letzten Jahre positiv verändert: Viel mehr Leute als früher bekunden Mut zur Auseinandersetzung mit diesen Themen.

Ohne Repression kommt auch die offizielle Drogenpolitik nicht aus. Auch da rennt die Initiative «Jugend ohne Drogen» Türen ein, die seit 25 Jahren weit offen stehen. Allerdings haben Zeit und Ereignisse den Blick der Behörden geschärft: Sie unterscheiden heute klarer als früher zwischen denen, die Drogen nur konsumieren und denen, die Drogen illegal produzieren, in die Schweiz schmuggeln und hier mit dem Verkauf das grosse Geschäft machen.

Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass Drogenkonsumierende nicht ins Gefängnis gehören. Darüber sind sich die meisten Fachleute aus Therapie, Medizin, Polizei und Justiz einig. Immer öfter werden darum statt Strafen therapeutische Massnahmen angeordnet. Ob einer das Angebot Therapie statt Strafe nutzt, wird streng kontrolliert.

Für Schmuggler grosser Mengen dagegen sind zwar schwere Strafen von bis zu 20 Jahren vorgesehen, aber wirklich grosse Fische gehen der Polizei nur ganz selten ins Netz.

In den letzten 25 Jahren haben alle Kantone und grossen Städte für viel Geld spezielle Polizeibrigaden gebildet, und ab und zu können auf einem Flughafen grössere Mengen an Heroin oder Kokain sichergestellt werden. Die Repression zeigt Erfolge, auch wenn die Einfuhr und der Handel noch nicht so eingedämmt werden konnten, wie wir uns dies wünschen würden.

3. «Jugend ohne Drogen» NEIN - Warum?

Daran würde auch die Annahme der Initiative «Jugend ohne Drogen» nichts ändern. Schon bisher haben Strafandrohungen kaum jemanden vom Einstieg in den Drogenkonsum abgehalten oder zum Ausstieg bewegt. Aber schon allein die im Titel enthaltene Forderung ist reine Augenwischerei: Denn die ganz grosse Mehrheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Schweiz will gar nichts wissen von illegalen Drogen. Gemäss den neuesten Erhebungen hat nur ungefähr ein Viertel der jungen Menschen zwischen 15 und 35 Jahren eigene Erfahrungen mit dem als relativ harmlos

geltenden Haschisch gemacht. Weniger als drei Prozent dieser Altersgruppe haben Erfahrung mit harten Drogen, und süchtig ist nicht einmal ein Prozent der jungen Menschen, welche die Initianten angeblich schützen wollen.

Es gibt für mich keinen Zweifel daran, dass dieses Volksbegehren völlig überzogen und deshalb gar nicht praktikabel ist. Vor allem wäre eine solche Drogenpolitik, wie sie da postuliert wird, ethisch nicht zu vertreten. Denn sehen Sie: Wer die Augen verschliesst vor den sozialen Problemen, die der Drogensucht zugrundeliegen können oder durch sie entstehen, ignoriert das Leiden der betroffenen Menschen mit unbeschreiblicher Arroganz. Wer das Leben von Drogenabhängigen geringer achtet als die absolut unrealistische Vorstellung, eine drogenfreie Gesellschaft erzwingen zu können, der geht für seine Grundsätze buchstäblich über Leichen.

Allerdings würde sich die Drogenmafia über einen Erfolg dieser Initiative sicher freuen: Wenn die Szene wieder total abtauchen müsste, erhöhte das die schon heute beeindruckenden Gewinne der Mafia erheblich. Laut Schätzungen wirft der illegale Betäubungsmittelhandel in der Schweiz jährlich einen Gewinn von nicht weniger als 2,5 Milliarden Franken ab.

Im übrigen, wenn wir schon von Zahlen reden: Nach Schätzungen verschiedener Experten würden sich mit der Annahme der Initiative «Jugend ohne Drogen» die Kosten verdoppeln; sie stiegen demnach von einer Milliarde auf zwei Milliarden Franken pro Jahr. Die Umsetzung dieser Initiative käme uns also nicht nur sozial, sondern auch finanziell sehr teuer zu stehen, ohne aber Verbesserungen zu bringen.

4. Bundesrat JA - Warum?

Im Gegensatz zur Drogenpolitik, welche die Initiative verlangt, ist das bundesrätliche Modell erfolgreich.

Das ist nicht eine leere Behauptung, das ist eine beweisbare Tatsache. Sie ist realistisch, wirkungsvoll, human, ethisch vertretbar und finanziell tragbar. Überdies, und dieser Effekt ist nicht zu unterschätzen, ist es den Bundesbehörden gelungen, die unterschiedlichen und teils stark auseinanderstrebenden Interessen zu koordinieren. Überdies stehen die Kantone und die Städte hinter dieser Politik. Der Bundesrat hat also die Unterstützung jener, welche für den Vollzug seiner Politik verantwortlich sind. Ich unterstütze diese Politik darum uneingeschränkt.

Dies ist übrigens auch die Meinung der eidgenössischen Räte, die das Volksbegehren «Jugend ohne Drogen» deutlich abgelehnt haben und ihm auch keinen Gegenvorschlag gegenüberstellen wollten. Ich bitte Sie, es ihnen gleichzutun.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Solidarität mit einem Teil unserer Gesellschaft, der

zwar zahlenmässig verschwindend klein ist, der
unserer Hilfe und unseres Verständnisses aber ganz
besonders bedarf.